Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. [illegible]

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang. Aufl. 54,000 Stück.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich
6 Wilsdruffer Strasse 6
(neben der Dresdner Bank u. vis-à-vis Hotel goldner Engel).
Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Dresden, 1892.

Modell-Costüme
Neuheiten in Frühjahrs-Stoffen in reicher Auswahl eingetroffen.
Mode-Bazar G. C. Herrmann.

Bernhard Heerklotz
Zahnkünstler
(sonst Dippoldiswaldaerplatz)
jetzt Pirnaischer Platz (Mohren-Apotheke)
Eingang: Johannesstrassen-Ecke.

Atelier für feine Corsets nach Maass, neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle.
Heinrich Plaul, Dresden, Waisenhausstr. 25.

Tapisserie-Manufactur
C. Hesse, Altmarkt, Kgl. Hofl.,
empfiehlt
Neuheiten in Schwedischen u. Bulgarischen Stickereien
in grosser Auswahl.

Photographie von Hahn's Nachf.
Specialitäten: Kinder- und Gruppen-Aufnahmen, Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark, Vergrösserungen nach jedem Bild in künstl. Ausführung.
Jetzt: Waisenhaus-Strasse 30,
gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 62. Spiegel: 25jähriges Jubiläum der national-liberalen Partei, bulgarische Wirren. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, österreichisch-ungarischer Hilfsverein, Radfahrersportsfest, Exportverein, Gewerbeverein, Gerichtsverhandlungen, Rossini-Feier. | **Mittwoch, 2. März.**

Politisches.

Am Sonntag feierte die nationalliberale Partei das Fest ihres 25jährigen Bestehens. Sie ist die einzige Fraktion, welche sich seit Eröffnung des konstituirenden Norddeutschen Reichstages in unveränderter Gestalt erhalten hat. Schon diese historische Thatsache allein beweist, daß sie eine starke, in den politischen Verhältnissen der Vergangenheit tiefbegründete Existenzberechtigung besessen haben muß. In der That hat die nationalliberale Partei eine unmittelbar mit der nationalen Wiedergeburt gegebene unabweisliche geschichtliche Aufgabe, die intensive Pflege und Fortentwickelung der nationalen Errungenschaften in dem neu organisirten Deutschland, zu der ihrigen gemacht und auch — das wird ihr stets als ihr erstes Verdienst anzurechnen sein — durchzuführen verstanden. So nachdrücklich wie keine andere Partei ist sie seit der Umwälzung des Jahres 1866 bemüht gewesen, den nationalen Einheitsgedanken auf dem Boden der neugeschaffenen Thatsachen mit aller Kraft zu fördern und zur Vollendung zu führen. Allerdings läßt andererseits sich nicht leugnen, daß sie in den ersten Jahren ihres Bestehens in der starken Betonung der Idee des nationalen Einheitsstaates zu weit gegangen ist, indem sie den historisch berechtigten Verhältnissen, den Sonderrechten der Einzelstaaten, die sich mit Preußen zu einem Bundesstaat vereinigen sollten, zu wenig Berücksichtigung schenkte. Grade hierdurch wurde hier und da eine unerfreuliche Reaktion hervorgerufen, welche in partikularistischen Strömungen ihren Ausdruck fand. Die staatsmännische Weisheit Bismarck's traf in diesem Punkte wieder das Rechte: er wahrte und schützte die Daseinsberechtigung und die individuellen Bedürfnisse der Bundesgenossen und hegte das zuversichtliche Vertrauen, daß in der treuen nationalen Gesinnung der Bundesfürsten und ihrer Regierungen der beste Hort der deutschen Einheit und die sicherste Gewähr der allmählichen innerlichen Verschmelzung zu einer Nation und der Schaffung eines nationalen Staatsbürgerthums gegeben sei. An dem Zustandekommen der Verfassung des Norddeutschen Bundes, wie nicht minder derjenigen des Deutschen Reiches haben die Nationalliberalen als ausschlaggebender Faktor der damaligen parlamentarischen Machtverhältnisse einen wesentlichen Antheil gehabt. Ihrer maßvollen Selbstbeschränkung war es ferner in erster Linie zu verdanken, daß eine einheitliche deutsche Justizgesetzgebung geschaffen und das erste Septennat bewilligt wurde. In dieser Zeit, in der zweiten Legislaturperiode des Deutschen Reichstages, während welcher die Partei über 150 Mitglieder verfügte, ist sie dem Fürsten Bismarck in der Durchführung seiner nationalen Politik nach Außen wie im Innern und in der Abwehr der antinationalen Strömungen des Partikularismus und des Ultramontanismus eine zuverlässige, unentbehrliche Stütze gewesen. So lange die nationalliberale Partei in Uebereinstimmung mit den Bestrebungen des Fürsten Bismarck für die Forderungen der deutschen Reichspolitik eingetreten ist, ist sie ihrer vornehmsten Aufgabe, die nationalen Errungenschaften festigen und ausbauen zu helfen, gerecht geworden. Darum haben die Nationalliberalen auch jederzeit dem Begründer des Deutschen Reiches, dem eisernen Kanzler, unauslöschliche Dankbarkeit und Verehrung zu bewahren gewußt. Bei der Jubiläumsfestlichkeit erreichte die Stimmung ihren Höhepunkt, als Dr. Bürklin den Fürsten Bismarck, welchen die Partei in der Erreichung seines großen Zieles so thatkräftig unterstützt hat, in seiner ganzen, umfassenden nationalen Bedeutung feierte. Schwere Einbuße der Stärke und Bedeutung nach erlitt jedoch die Partei, als sie 1879 in Gegensatz zu der nationalen Wirthschaftspolitik des Kanzlers trat. In der muthherzigen Stellungnahme zu den wirthschaftlichen Fragen und in dem grundsätzlichen Bestreben, die wirthschaftlichen Gegensätze thunlichst auszugleichen, liegt die eine Hauptschwäche der Partei, an der sie auch heutigen Tages noch schwer krankt. Der andere wesentliche Fehler, welchen die Nationalliberalen wiederholt begangen haben, beruht darin, daß sie unentschlossen zwischen den nationalen und den liberalen Forderungen und Aufgaben hin und herschwankten. So lange sie an den gesunden nationalen Grundgedanken des Kartells festhielten und sich nicht von den Lockungen der Linken umgarnen ließen, haben sie der deutschnationalen Reichspolitik in der Bekämpfung aller radikalen und extremen Elemente, der Sozialdemokratie, des Deutschfreisinns, der Ultramontanen, der Welfen und der Polen, unschätzbare Dienste erwiesen. Mit Riesenschritten ist die Partei aber überall da dem Verfall entgegengegangen, wo sie im starren, engherzigen Doktrinarismus darauf pochte, daß sie sich nicht blos nationale, sondern auch liberale Aufgaben gestellt hatte. Die Zukunft der nationalliberalen Partei wird davon abhängen, ob sie sich bewußt bleibt, daß sie vor Allem und in unseren Tagen ausschließlich in der Abwehr gegen die ultramontanen und reichsfeindlichen Machtgelüste nationale Gesichtspunkte zu vertreten hat, oder ob sie ihrer liberalen Vergangenheit treu bleiben will, welche auf ein Zusammengehen mit dem Deutschfreisinn hinweist. Nur im ersteren Falle dürfte dem Nationalliberalismus in den schweren Kämpfen der Zukunft wieder eine führende Stellung beschieden sein, welche ihr die zuverlässige Bundesgenossenschaft eines großen Theils der Conservativen sichert. Diese Stellung würde ihm um so mehr zufallen, wenn er den nationalen Gedanken mannhaft und unerschütterlich besonders nach der Richtung wirksam zu vertreten sucht, welche der Führer der Partei am Sonntag in seiner Festrede mit den Worten angedeutet hat: „Es ist nicht alles national, was sich heute so nennt oder höheren Ortes so erscheint." Gewinnt das nationale Element im Nationalliberalismus über die liberalen Prinzipien dauernd die Oberhand, so werden auch nach und nach in den Reihen der Partei die richtigen Gesichtspunkte für die Beurtheilung der brennenden wirthschaftlichen und sozialen Fragen, insbesondere der Judenfrage, maßgebend werden. Die Stellungnahme der gegenwärtigen Führer der Partei in der letztgenannten Frage beruht auf dem einseitigen Hervorkehren falscher liberaler Grundanschauungen und in der Verleugnung des nationalen Gedankens. Heinrich von Treitschke galt einst als einer der angesehensten Vorkämpfer der Nationalliberalen; dennoch hat er sich nicht gescheut, vor mehr als 10 Jahren das mannhafte Bekenntniß abzulegen: „Die Juden sind unser Unglück!" Mögen die Nationalliberalen in Konflikten zwischen der liberalen und der nationalen Idee die letztere allezeit hellleuchten lassen zum Segen unseres deutschen Vaterlandes!

Wiederum ist leider in Folge von Verschwörungen und Attentaten in letzter Zeit die Aufmerksamkeit auf Bulgarien, den europäischen Wetterwinkel, gelenkt worden. Vor einiger Zeit tauchten bereits Nachrichten über Complotte in Serbien auf, welche, wie es in Belgrad die Spatzen von den Dächern pfiffen, gegen das Leben des Coburgers und Stambulows gerichtet waren. Es bedurfte damals der diplomatischen Einmischung fremder Mächte, um die serbische Regierung zu veranlassen, die Mordbuben, welche aus ihren Plänen so wenig Hehl machten, des Landes zu verweisen. Daß die wiederholten Mordanschläge auf Stambulow, den hervorragendsten Staatsmann Bulgariens, bisher vereitelt wurden, ist nur der Wachsamkeit der Behörden zu verdanken. Jetzt ist nun wieder ein verdienter bulgarischer Diplomat, ein wackerer Streiter für die Unabhängigkeit seines Vaterlandes, ruchloser Mörderhand zum Opfer gefallen. Er ist im Laufe eines Jahres der zweite Blutzeuge der Freiheit Bulgariens. Am Charfreitag vorigen Jahres fiel der jugendliche Finanzminister Beltschew von Mörderhand und jetzt ist Vulkowitsch, der langjährige Vertreter seines Landes in Constantinopel, der Wunde erlegen, welche ihm durch einen nur allzu sicher geführten Dolchstoß zugefügt wurde. Die öffentliche Meinung in Bulgarien ist überzeugt, daß der noch nicht ermittelte Mörder jener Bande angehört, welche im Dienste der russischen Politik steht um die gegenwärtigen Machthaber und verdientesten Führer und Kämpfer der bulgarischen Unabhängigkeit aus dem Wege zu räumen. Dem Ermordeten hat sein Vaterland vielen Dank zu zollen. Denn sein Verdienst war es vor allem, daß die bulgarischen Beziehungen zur Pforte sich seit mehreren Jahren in der erfreulichsten Weise vertrauensvoll und zuverlässig gestaltet haben. Immer wieder wurde von panslavistischer Seite der Versuch gemacht, beim Sultan gegen den Prinzen Ferdinand und Stambulow Mißtrauen zu säen. Man verbreitete wiederholt das Gerücht von der bevorstehenden Unabhängigkeits-Erklärung, lediglich zu dem Zwecke, um den bulgarischen Staatsmännern Verlegenheiten zu bereiten. Stets scheiterten diese Agitationen an dem festen und Vertrauen erweckenden Auftreten des Vertreters Bulgariens in Constantinopel. So schwer auch Vulkowitsch zu ersetzen sein mag, sein Tod wird nur dazu beitragen, die Bulgaren in ihrem nationalen Freiheitssinn zu kräftigen und ihnen die Sympathieen der civilisirten Welt in erhöhtem Maße zuzuwenden. Durch hinterlistige Mörder, selbst wenn ihnen noch andere Staatsmänner, wie z. B. Stambulow, zum Opfer fallen sollten, wird es der russischen Politik, die sich an Bulgarien bereits durch so viele Verbrechen versündigt hat, schwerlich gelingen, die Selbstständigkeit dieses Landes zu untergraben und es zu einem Vasallenstaate des Czaren zu machen. Der jetzigen kraftvollen und zielbewußten Regierung ist es gelungen, die Offiziere, Beamten und theilweise auch das Volk mit der Herrschaft des Prinzen Ferdinand zu befreunden und in der öffentlichen Meinung das Vertrauen in ihren festen Bestand und in die friedliche Fortentwickelung Bulgariens derartig zu kräftigen, daß Katastrophen in Folge von Complotten und Attentaten nicht mehr zu befürchten sind. —Lo.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 1. März.

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Gesetzentwurf betreffend Beschränkung der Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen. Das Haus ist wieder ungemein schwach besetzt. Die Berathung des Marine-Etats wird bei den Forderungen für neue Kriegsschiffe fortgesetzt. — Abg. Freiherr von Stumm (Reichsp.) tritt für die Bewilligung der Kreuzerkorvette K ein. Abg. v. Vollmar (Soz.): Es tauchten immer neue Pläne auf. Im Stillen werde daran festgehalten, daß Deutschland eine Schlachtflotte ersten Ranges erhalten solle. Die Folge der fortdauernden Bewilligungen sei eine Pumpwirthschaft ersten Ranges. Man berufe sich auf die Nothwendigkeit des Schutzes unseres Handels. Unser überseeischer Handel halte mit der Entwickelung unserer Marine nicht Schritt, auch habe Deutschland eine starke Handelsflotte gehabt, noch bevor wir eine Flotte hatten. Nagelneu sei der vom Reichskanzler angeführte Grund, daß ohne die Bewilligung der Corvette K in Stettin ein Nothstand unter den Arbeitern ausbrechen würde. Bisher sei ja der Nothstand von der Regierung immer geleugnet worden. Wenn sie ihn aber jetzt anerkenne, so möge sie auch wirklich wirksame Mittel zur Abhilfe ergreifen. Hier werde der Nothstand nur als Vorspann für militärische Forderungen benutzt. — Abg. Dr. Barth (freis.): Der große Schaden, den die Alabama im Secessionskriege in Nordamerika dem nordamerikanischen Handel zugefügt, habe auf den Ausgang des Krieges keinen Einfluß gehabt und Frankreich hat den Schaden, den seine Kriegsschiffe am Privateigenthum angerichtet, bei der Kriegsentschädigung vergüten müssen. Der Nothstand, der durch die Natur geschaffen worden, werde erheblich gesteigert durch die Thatsache, daß durch die Getreidezölle dem Volke 200 Millionen abgenommen wurden, um die Grundrente zu verbessern. Nachdem die Regierung den Nothstand selbst anerkannt habe, sollte sie doch erwägen, ob nicht der Erwägung der Vertheuerung des Brotes um 200 Millionen ein Ende zu machen sei. — Abg. Rickert (freis.) wünscht zu wissen, ob für eine ausreichende Beschäftigung der kaiserlichen Werften gesorgt sei. Die Privatwerften ständen erst in 2. Reihe. Daß sie uns nichts angingen, wie ihm Abg. Hahn untergeschoben, habe er nicht gesagt. — Abg. Hahn (kons.): Er habe gestern den Sinn der Rickert'schen Worte hier so wiedergegeben, wie er allgemein aufgefaßt wurde. Auf die Getreidezollfrage hier so einzugehen, als es die Barth'schen Behauptungen erforderten, würde der Präsident schwerlich gestatten. Uebrigens seien diese Behauptungen dutzendfach widerlegt. — Abg. v. Bennigsen (nat.-lib.) verwahrt sich gegen eine Aeußerung v. Vollmar's, wonach er, Redner, die deutschen mit den russischen Finanzen in eine Parallele gestellt hat. Er wisse wohl, wie schlecht die russischen Finanzen seien und daß dieselben noch schlechter werden würden, wenn deutsche Bankiers dieselben zu stützen aufhörten. Hierauf wird die erste Rate für die Kreuzerkorvette K abgelehnt. Dafür stimmen die Conservativen und Nationalliberalen. Genehmigt werden gegen Freisinnige und Sozialdemokraten die ersten Raten für die Panzerfahrzeuge T und V. Gestrichen werden die ersten Raten für das Panzerfahrzeug W, für den Kreuzer F und für den Aviso H. Für die letzten beiden Schiffe stimmen die Conservativen und die Reichspartei, nachdem Staatssekretär Hollmann dafür eingetreten. Staatssekretär Hollmann theilt ferner mit, daß mit den bewilligten Schiffsbauten es ermöglicht ist, die kaiserlichen Werften zu beschäftigen, insbesondere die Werften zu Danzig und Kiel. Die Werft Danzig sollte den Kreuzer F erhalten, da sie für den Kreuzerbau besonders geeignet sei. Sie wird jetzt ein anderes Schiff erhalten, was freilich seine Schwierigkeiten hat, da der Bau desselben nur zur Hälfte in Danzig möglich sein würde. Die Heranziehung der Privatwerften zum Schiffsbau sei ganz unvermeidlich gewesen und es habe dies eine bedeutende Hebung des deutschen Schiffsbaues zur Folge gehabt, so daß derselbe sich mit dem des Auslandes messen könnte. Hierauf wird der Rest der einmaligen Ausgaben des Ordinariums nach den Anträgen der Commission angenommen. Beim Extraordinarium beantragt die Commission Streichung der 2. Rate (1. Baurate zum Baue von 2 großen Trockendocks auf der Werft zu Kiel 1,200,000). Abgg. Graf Behr, Hahn, Dr. Hartmann, v. Henk und Freiherr v. Stumm beantragen zum Grunderwerb 940,000 Mk. zu bewilligen. Zurückverweisung der Forderung an die Commission ward abgelehnt, ebenso nach längerer Debatte die Forderung selbst, sowohl in der Höhe der Vorlage als in der des Antrages des Grafen Behr und Genossen. Dem Antrage der Commission entsprechend, wird eine Forderung von 200,000 Mk. zum Bau von Wohnhäusern für die Arbeiter der Werft zu Kiel abgelehnt. Damit ist der Marine-Etat erledigt. — Darauf wird die 2. Berathung des Telegraphengesetzes bei der Abstimmung über den zu § 7a des Commissionsentwurfes eingegangenen Abänderungsantrag fortgesetzt. Der Antrag Dr. Lieber-Haan („Die Telegraphenanlagen sind möglichst so einzurichten, daß sie weder von anderen elektrischen Anlagen störend beeinflußt werden, noch diese störend beeinflussen können") wird abgelehnt. Vor der Abstimmung über den Antrag von Bar, welcher selbst Schutz der Telegraphenanlagen verlangt, wird die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt. Die Auszählung ergiebt die Anwesenheit von 180 Mitgliedern. Das Haus ist somit nicht beschlußfähig. — Morgen Anträge, Petitionen.

Berlin. Die „Norddeutsche" theilt mit, dem Kaiser sind aus Anlaß der in den letzten Tagen hier stattgehabten Ansammlungen von angeblich Arbeitslosen mehrfache Kundgebungen aus Arbeiterkreisen zugegangen, in welchen dem Bedauern über die Vorkommnisse, sowie der treuesten Anhänglichkeit und dem unerschütterlichen Vertrauen zu der allerhöchsten Person Ausdruck gegeben wird. Namentlich hat der Ausritt des Kaisers am 26. v. M. in Mitten einer wildbewegten Menschenmenge, welche einen tiefernsten Eindruck auf dieselbe gemacht hat, Eingaben veranlaßt, in denen jene Gefühle charakteristischen Ausdruck finden. — Prinz Heinrich wohnte auch heute den Berathungen des Marine-Etats im Reichstage bei. — Der Oberstruchseß Fürst von Radolin erhielt das Großkreuz des sächsischen Albrechtsordens mit goldenem Stern. — Das zwischen Deutschland und Nordamerika abgeschlossene Uebereinkommen über den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte enthält die gegenseitige Zusicherung, daß die nordamerikanischen Staatsangehörigen in Deutschland einen mit den Inländern gleichen Schutz ihrer Urheberrechte und die Reichsangehörigen in den Vereinigten Staaten den Schutz der Copyright-Act genießen sollen. — Die Budgetkommission des Reichstages nahm heute den Etat der Zölle, Verbrauchssteuern und Stempelabgaben, sowie das Etatgesetz an. — Gestern fand hier eine anarchistische Volksversammlung statt, in der sich die Abgeordneten mit den Sozialdemokraten auseinandersetzten. Ueber die Ziele der Anarchisten wurde gesagt: Wir wollen nicht die Freiheit des einzelnen Individuums, sondern die Freiheit der einzelnen Gruppen, in welchen die Meinung jedes einzelnen Individuums zur Geltung kommen muß. Die Anarchisten erstrebten im vollsten Sinne des Wortes die Herrschaftslosigkeit. Es ward zugegeben, daß die Anarchisten die Propaganda der That wollen. Auf einen sozialdemokratischen Einwand wurde entgegnet: Ehe der Arbeiter verhungere, sei es besser, daß er sich todt schießen lasse.

Berlin. Die dem Reichstage zugegangene Novelle zum Strafgesetz bedroht Kuppelei mit Gefängniß nicht unter 1 Monat, mehrere Fälle jedoch gewohnheitsmäßiger Kuppelei mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren und daneben Geldbuße bis 6000 Mark. Die Vermiethung von Wohnungen an Prostituirte bleibt straflos, wenn die polizeilichen Vorschriften beobachtet werden. Zuhälterei wird mit Gefängniß nicht unter 1 Monat, in schweren Fällen (wenn er mit der Prostituirten verheirathet ist oder sie zu dem Gewerbe nöthigt) nicht unter 1 Jahr bestraft. Mit Gefängniß bis zu 6 Monaten wird bestraft, wer Schriften, Bilder 2c. öffentlich auslegt, ankündigt, anschlägt und verbreitet, welche, ohne unzüchtig zu sein, durch gröbliche Verletzung des Scham- und Anstandsgefühls Aergerniß zu erregen geeignet sind. Geschieht das gewerbsmäßig, so tritt Gefängniß nicht unter 3 Monaten ein. Mit Gefängniß bis zu 6 Monaten werden auch die Personen bedroht, die aus wegen Gefährdung der Sittlichkeit unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführten Gerichtsverhandlungen öffentliches Aergerniß zu erregen geeignete Mittheilungen machen. Ferner wird bestimmt, daß bei Zuchthaus- oder Gefängnißstrafe wegen einer von besonderer Rohheit oder Sittenlosigkeit zeugenden That die Strafe bis auf die Dauer von 6 Wochen verschärft werden kann, so daß der Verurtheilte eine harte Lagerstatt und Wasser und Brot als Nahrung erhält. Die Anordnung der Verschärfungen kann einzeln oder vereinigt geschehen und jeden dritten Tag wegfallen. Nach Verbüßung der Strafe können Verurtheilte der Landespolizeibehörde überwiesen werden. Diese Ueberweisung kann bis zur Dauer von 2 Jahren an ein Arbeitshaus geschehen, wo die Ueberwiesenen mit gemeinnütziger Arbeit zu beschäftigen sind.

Berlin. Der Kaiser gedenkt seine diesjährige Nordlandfahrt bis zur Insel Island auszudehnen.

Wien. Die Verwaltung der österreichischen Waffenfabrik in Steyer schloß mit Bulgarien einen neuen Vertrag ab auf Lieferung von 50,000 Mannlicher-Gewehren und 6000 Karabinern.

Petersburg. Ein heute veröffentlichtes Gesetz bestimmt, daß der Zoll für Materialien zu Baumwollfabrikaten bei der Ausfuhr der letzteren in's Ausland zurückerstattet wird.

Belgrad. Der radikale Klub beschloß eine Resolution, wonach auf Verlangen Milan's und auf Grund der Verschließung desselben auch die Königin Natalie aller Rechte als Mitglied des Hauses für verlustig erklärt und ihr der Besuch Serbiens ver-

Pfund's sterilisirte (Kindermilch) Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42 Frauen-Ernährung.